

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 15. August 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Die verdiente Niederlage

Der faschistisch-kommunistische Alpdruck, der seit dem 14. September 1930 auf dem deutschen Volke lastete, ist gewichen. Es scheint, als ob die Vernunft bei den irreführenden Arbeiterwählern wieder einkehrt, trotz der fürchterlichen Zeiten, die wir in den letzten Monaten und Wochen durchmachen mußten infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Deutschland nahe an den Rand des Bankrotts brachten. Es waren und sind doch gerade die großen Heere der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, die die ganze Schwere dieser furchtbaren Zeit traf und trifft, und die vielen Beamten, Angestellten und Arbeiter, denen die Gehälter und Löhne bis zur Unerträglichkeit gekürzt wurden. Für dieses Elend wurden nicht die wahrhaft Schuldigen, die Kapitalisten und ihre nationalsozialistische Prätorianergarde verantwortlich gemacht, sondern die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Durch die Krise ebenfalls geschwächt, konnten die Gewerkschaften nicht immer die unverfälschten Lohnabbauforderungen der Unternehmer abwehren, und die Sozialdemokratische Partei mußte, im Reichstage in ihrer Mandatszahl absolut und relativ zurückgegangen, sich nur auf die nicht immer erfolgreiche Abwehr beschränken. Sie mußte die Brüning-Diktatur und selbst den Panzerkreuzerbau wider Willen hinnehmen, um, zumal bei der Arbeitsunfähigkeit des Reichstages, noch Schlimmeres zu verhüten.

Die Reaktion fühlte nun Oberwasser. Unter dem Schlachtruf „Haben wir erst Preußen, so haben wir auch das Reich!“ stürzte sie sich auf den ruhenden, republikanisch-demokratischen Pol in der Erscheinungen Flucht. Der Stahlhelm wurde vorgeschickt, der ein Volksbegehren auf Auflösung des preußischen Landtages einleitete, das von Hitler über Hugenberg bis Dingeldey und Drewitz unterstützt, im April 1931 5 955 996 Einzeichnungen brachte. Das waren 2½ Proz. (kläglich genug) über die erforderliche Mindestzahl hinaus. Selbstverständlich lehnte der Landtag seine Auflösung ab. So mußte also der Volksentscheid auf den 9. August 1931 angesetzt werden. Von der Ausföhrbarkeit des Gelingens überzeugt, erwog man bereits im Hugenberglager das Abblasen des Volksentscheids, als am 22. Juli das Zentralkomitee der KPD die Welt mit einem Ultimatum an die preußische Regierung überraschte, in dem es die Unterstützung des Stahlhelm-Volksentscheids ankündigte.

Der Kampf um Preußen wurde nun von diesem seltsamen Parteiengemisch mit vereinter Kraft in heftiger Form geführt. Es hat ihm aber nichts genügt. Der Volksentscheid ist zu einer Niederlage der vereinigten Preußenstürmer geworden. Bei rund 26,4 Millionen Stimmberechtigten wurden nur 9 793 603 Ja-Stimmen abgegeben. Das sind nur 37 Proz. oder 4 Millionen bzw. 13 Proz. Ja-Stimmen zu wenig. Damit hat das preußische Volk die Auflösung des Landtages abgelehnt, denn es sind mehr als 50 Proz. Ja-Stimmen erforderlich, um die Auflösung zu erzwingen.

Die Niederlage der Volksentscheidsparteien ist um so größer, wenn man einen Vergleich mit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 zieht. In keinem Wahlkreise hat das widernatürliche reaktionär-kommunistische Konglomerat am 9. August seine Stimmen von damals erreicht. Bis in die Hunderttausende geht ihr Stimmenverlust, so daß sie in ganz Preußen einen Rückgang von rund 3 Millionen Stimmen zu verzeichnen haben. Dabei kündigten die deutschnationalen Hugenberg-Blätter großmäulig an, daß die Kundgebung der preußischen Regierung dem Volksentscheid zwei Millionen Stimmen mehr einbringen würde.

Am blamiertesten sind bei diesem Volksentscheid die Kommunisten. Sie haben ungeheure Sympathieeinbuße bei der Arbeiterschaft erlitten. Das bewiesen ihre und die SPD-Versammlungen kurz vor dem 9. August. Darüber hinaus wurden sie aber noch von ihren Freunden im Hitler- und Hugenberg-Lager moralisch geohrfeigt. Noch am 7. August sagte der Nazi-führer G o e b b e l s im Berliner Sportpalast:

„Wenn die Kommunisten dumm genug sind, uns zu helfen, so haben wir keinen Grund, sie daran zu hindern, sich selbst aufzuhängen. Mögen sie nur ruhig Selbstmord begehen.“

Und am Tage nach der Volksabstimmung machte „Der Montag“, ein Hugenberg-Blatt, die Kommunisten für den gemeinsamen Reinsfall verantwortlich. „Der Montag“ schrieb:

„Die vielumstrittene Frage, ob die Kommunisten dem Volksentscheid genutzt oder geschadet haben, ist endgültig damit beantwortet, daß die Kommunistische Partei der Preußenregierung den großen Dienst erwiesen hat, den Volksentscheid zum Scheitern gebracht zu haben.“

Nach diesem Ausgang des Volksentscheids kann gehofft werden, daß von der Arbeiterseite her eine Wiedergesundung der politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse einsetzt. Gewerkschaften und Partei wird es nun leichter sein, der Massenverhöhnung durch Nazis, Stahlhelm, Kommunisten und RGO. entgegenzutreten. Unser aller Aufgabe ist es jetzt, die Situation auszunutzen und mit aller Kraft in die Agitation einzutreten. Trotzdem verkennen wir nicht die Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen. Denn die Wirtschaftskrise flaut nicht ab, sondern sie ist seit Mitte Juli bereits wieder im Wachsen. Das beweist das Wiederanstiegen der Arbeitslosenzahlen in England, Amerika und Deutschland. In Deutschland allein ist diese Zahl in der zweiten Julihälfte um 20 000 gestiegen, so daß wir bereits wieder 3 976 000 Arbeitslose haben. Gelingt es uns aber, Gewerkschaften und Partei durch weiter wachsendes Vertrauen der Massen und durch unsere Siegeszuversicht zu stärken, so wird manches schwere, drohende Uebel abgewehrt werden können, bis die Zeit wieder da ist, in der Gewerkschaften und Partei den frisch-fröhlichen Offensivkampf gegen kapitalistische Mißwirtschaft und Willkür aufnehmen können.

G. Renner.

Ein internationales Jahrbuch der Sozialpolitik

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat jetzt zum erstenmal ein Jahrbuch der Sozialpolitik herausgegeben, das ausführlich über die Bestrebungen zur Ausgestaltung der Rechte und des Schutzes der Arbeitnehmer im Jahre 1930 berichtet. Inhaltlich bildet das Jahrbuch im wesentlichen die Fortsetzung des ersten Teiles des Jahresberichts des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, wie er von 1921 bis 1930 erschien, aber ursprünglich in erster Linie zur Orientierung der Teilnehmer an der Internationalen Arbeitskonferenz über die Sozialpolitik des jeweils vorausgegangenen Jahres bestimmt war.

Das neue Jahrbuch unterrichtet über die Wirksamkeit der Internationalen Arbeitsorganisation sowie über die soziale Gesetzgebung und Verwaltung aller Staaten der Erde, einschließlich jener, die nicht zur Internationalen Arbeitsorganisation gehören. Aus dem reichen Inhalt des Jahrbuchs seien nachstehend einige Tatsachen hervorgehoben.

Schon im Jahre 1922 hatte die Arbeitskonferenz beschlossen, die Vertretung der Mitgliedsstaaten im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zu verbessern. Die Zahl der Mitglieder des Rats sollte von 24 auf 32 erhöht werden. Der Beschluß bedeutet aber eine Änderung des Versailler Vertrags, die erst in Kraft treten kann nach der Ratifizierung von drei Vierteln der Mitgliedsstaaten der Organisation sowie aller im Völkerbundsrat vertretenen Staaten. Diese Bedingung konnte noch immer nicht erfüllt werden, woran das Verhalten einiger lateinamerikanischer Staaten und Italiens Schuld trägt. Italien ist der einzige Staat, der im Völkerbundsrat ständig vertreten ist und die von der Arbeitskonferenz im Jahre 1922 beschlossene Satzungsänderung noch nicht genehmigt hat. Die italienische Regierung teilte mit, daß die Beweggründe, die bisher für ihre Haltung maßgebend waren, keinesfalls hinfällig geworden sind, so daß es ihr gegenwärtig unmöglich sei, die Ratifikation der Satzungsänderung in Erwägung zu ziehen. Die Faschisten wollen damit Vergeltung üben für das Verhalten der Arbeitnehmerdelegierten auf der Arbeitskonferenz, die stets gegen den italienischen Arbeitnehmervertreter Einspruch erhoben und ihn von der Beteiligung an den Arbeiten der Ausschüsse ausschließen.

Die Ratifikation der von den Arbeitskonferenzen aufgestellten internationalen Übereinkommen machte 1930 nur mäßige Fortschritte. Es wurden 30 Ratifikationen verzeichnet, die sich auf 13 Staaten verteilen. Auf den Freistaat Irland treffen davon 11, auf Rumänien 4, auf Deutschland 3 usw.

Das Verfahren zur Prüfung der Durchführung der ratifizierten Übereinkommen wurde im letzten Jahre weiter ausgestaltet. Die von den Mitgliedsstaaten vorgelegten Berichte über die Einhaltung ihrer aus Ratifikationen erwachsenden Verpflichtungen werden seit 1927 zuerst von einem Sachverständigenausschuß geprüft, der den Verwaltungsrat auf etwaige Mängel aufmerksam zu machen hat. Die Feststellungen der Sachverständigen werden später, zusammen mit einem Auszug aus den Berichten der Mitgliedsstaaten, einem von der Arbeitskonferenz während ihrer Tagung eingesetzten Ausschuß zur weiteren Prüfung überwiesen, der eingehende Beratungen pflegt und über die Ergebnisse der Vollversammlung der Konferenz berichtet. Stets erweist sich ein Teil der von den Mitgliedsstaaten eingesandten Berichte als unbefriedigend. Oft sind die Mängel nebensächlicher Art, in anderen Fällen aber wurde nachgewiesen, daß manche Staaten ihre Gesetzgebung nicht den Bestimmungen der von ihnen ratifizierten Übereinkommen anpassen, oder dies nur teilweise tun, unter Vorbehalt, die eine unvollkommene Einhaltung der Verpflichtungen zulassen.

Die Internationale Arbeitsorganisation ist in ihrer Tätigkeit auf Mitarbeit von außen angewiesen. Sie unterhält deswegen ständige Beziehungen vor allem mit den Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sachgemäß an ihren Arbeiten beteiligt sind. Außerdem steht sie in Verbindung mit karitativen und religiösen Organisationen und mit privaten Vereinigungen und Interessentengruppen, die sich sozialpolitische Aufgaben stellen.

Eine Mitarbeit von außen hat sich die Internationale Arbeitsorganisation auch durch die Beteiligung von Interessentenvertretern und Sachverständigen an Ausschüssen des Internationalen Arbeitsamts gesichert. Das Jahrbuch führt fünf Ausschüsse an, die ganz aus Sachverständigen bestehen; außerdem sind zehn Ausschüsse ein-

gesetzt, die neben Mitgliedern des Verwaltungsrats auch Sachverständige oder Vertreter anderer Organisationen oder Einrichtungen umfassen.

Um Grundlagen für die Verhandlungen der Arbeitskonferenz, des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse zu gewinnen, hatte das Internationale Arbeitsamt auch 1930 wieder eine Reihe umfangreicher Erhebungen auszuführen, die sich auf Gegenstände der Tagesordnung dieser Organe bezogen. Außerdem wurde eine Reihe anderer Studien vorgenommen und ihre Ergebnisse veröffentlicht: sie betrafen unter anderem die statistische Erfassung der Unfälle im Eisenbahnbetrieb; Prüfungen des Farbensinnes von Arbeitnehmern im Verkehrswesen; das Arbeiterwohnwesen in Europa; öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gewissen Betrieben. Abgeschlossen wurde ein fünfbandiges Werk über das Recht der beruflichen Vereinigung. Untersuchungen über das Einigungs- und Schlichtungsweisen der verschiedenen Länder gehen ihrem Abschluß entgegen.

Ein weiterer Abschnitt des Internationalen Jahrbuchs der Sozialpolitik behandelt die wirtschaftliche Entwicklung: die Preisbewegung; Geldmarkt und Finanzen; Produktion und Handel; Gewinne und Löhne; internationale wirtschaftliche Vereinbarungen; die Rationalisierung.

Die Uebersicht der Großhandelspreise umfaßt 35 Länder; nur in dreien davon, Spanien, Rußland und China, ergaben sich 1930 Erhöhungen, sonst überall Senkungen, die sich im Durchschnitt zwischen 4 und 30 Proz. bewegten. Weit weniger als die Großhandelspreise sind die Kleinhandelspreise zurückgegangen: über die Angaben allerdings nur für die fünf Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika gemacht werden.

Die wirtschaftliche Produktion ist in den meisten Staaten, die sie statistisch erfassen, in der ersten Hälfte 1929 noch gestiegen; in einigen Staaten setzten Produktionsrückgänge schon 1929 ein; in anderen erst 1930. Die Meßziffern, 1928 gleich 100 gesetzt, sanken bis Ende 1930 in Deutschland auf 73,3, in den Vereinigten Staaten auf 73,9 in Großbritannien auf 93,8, in Kanada auf 79,7 usw. Umfangreicher als 1928 war die Produktion auch noch 1930 in Frankreich, Schweden und Rußland; letzteres weist sogar eine bedeutende Steigerung auf.

Im letzten und umfangreichsten Teil des Jahrbuches wird (auf fast 400 Seiten) über die soziale Gesetzgebung und Verwaltung berichtet. Die Wirtschaftskrise ist nicht ohne Einfluß auf die Sozialpolitik geblieben. Sie hat die Stellung derjenigen Kreise verstärkt, die Einschränkungen befürworten, und sie hat auch vielfach zur Vertagung wichtiger Gesetzvorlagen Anlaß gegeben, mit deren baldiger Annahme sonst hätte gerechnet werden können. Dennoch sind wesentliche Fortschritte auch in diesem Jahre zu verzeichnen gewesen. Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung, die sich auf die Sozialversicherung beziehen, werden von mehr als 20 Ländern berichtet. Den Ausbau der Arbeitsnachweise betreffen Gesetze und Verordnungen von Deutschland, Danzig, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Mexiko, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Gesetze, die sich auf Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenfürsorge u. dgl. beziehen, ergingen in Deutschland, Oesterreich, Belgien, Großbritannien, Irland, Neuseeland, Polen, der Schweiz und der Tschechoslowakei. In Rußland wurde mit Erlaß vom 9. Oktober 1930 die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung eingestellt. — Auch auf die Arbeitszeit bezügliche neue Vorschriften wurden in einer Reihe von Staaten erlassen; es handelt sich dabei zumeist um nicht weitgehende Änderungen bereits bestehender Gesetze, in einigen Fällen aber doch auch um bemerkenswerte Fortschritte. So trat in Argentinien ein Gesetz in Kraft, das für alle gewerblichen und kaufmännischen Betriebe den Achtstundentag vorseht. In Kanada wurde die tägliche Arbeitszeit aller Angestellten der Bundesverwaltung auf 8 Stunden herabgesetzt. Sogar das neue chinesische Fabrikgesetz legt grundsätzlich den Achtstundentag fest. In der Türkei hat das Ministerium für Volkswirtschaft einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit vorgelegt, mit dem die täglich achtstündige Arbeitsdauer festgelegt werden soll.

Zahlreiche andere gesetzliche Maßnahmen betreffen die Gewerbehygiene und Unfallverhütung, den Schutz der Kinder und Frauen, den Sonderchutz einzelner Arbeitergruppen usw., doch müssen wir es uns versagen, sie hier anzuführen.

Betriebskrankenkassen und Ortskrankenkassen

Die Annahme, daß die Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die Betriebsangehörigen ein Vorteil ist oder eine Besserstellung gegenüber den Mitgliedern der Ortskrankenkassen bedeutet, ist irrig. Zum Beweise dieser Behauptung sei darauf hingewiesen, daß nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts für das Jahr 1929 der durchschnittliche Beitrag eines Ortskrankenkassenmitgliedes 93,30 Mk. und eines Betriebskrankenkassenmitgliedes 126,80 Mk. für das ganze Jahr betrug. Die Beiträge der Betriebskrankenkassen sind also um durchschnittlich 33,50 Mk. höher als die der Ortskrankenkassen. Dieser höheren Beitragsleistung steht aber nun keineswegs etwa die Tatsache gegenüber, daß die Sach- und Barleistungen der Betriebskrankenkassen — auf den einzelnen Krankheitsfall bemessen — durchschnittlich höher sind als die Leistungen der Ortskrankenkassen. Nach der gleichen amtlichen Reichsstatistik ist festzustellen, daß die Betriebskrankenkassen im Verhältnis zu ihren Mitgliederzahlen eine höhere Erkrankungs- ziffer und längere Krankheitsdauer als die Ortskrankenkassen haben. Wenn das feststeht, so kann daraus nur gefolgert werden, daß sich entsprechend diesen Ursachen die Gesamtleistungen der Betriebskrankenkassen zwar erhöhen müssen, daß aber die Leistungen im einzelnen Krankheitsfall keine höheren sein können, denn das wird durch die höhere Krankheitsziffer und durch die längere Krankheitsdauer ohne weiteres ausgeglichen.

Wenn nun feststeht, daß durch die Errichtung einer Betriebskrankenkasse in materieller Hinsicht keine Besserstellung der Betriebsangehörigen erfolgen kann, so muß auch in ideeller Hinsicht das gleiche gesagt werden.

Die Beiträge der Versicherten in den Betriebskrankenkassen umfassen — wie auch in den Ortskrankenkassen — zwei Drittel des gesamten Beitrages und der Arbeitgeber zahlt also auch hier nur ein Drittel der Beitragssumme. In den Ortskrankenkassen ist entsprechend dieser Regelung der Beitragsaufbringung den Versicherten das Recht zugesprochen, in den Kassenorganen (Ausschuß und Vorstand) zwei Drittel der Sitze zu besetzen. Des Weiteren steht den Versicherten in den Ortskrankenkassen auch das Recht zu, den Vorsitz in den Organen zu übernehmen. Bei den Betriebskrankenkassen ist das grundsätzlich anders, denn nach § 338 RVO. führt der Arbeitgeber oder sein Vertreter im Vorstand und Ausschuß ohne weiteres den Vorsitz. Die Versicherten sind also schon in dieser Hinsicht von vornherein in ihren Rechten benachteiligt. Es muß aber noch weiter bedacht werden, daß es einem Versichertenvertreter in den Organen der Betriebskrankenkasse nicht möglich ist, in gleicher Weise, wie etwa in der Ortskrankenkasse, seine Ansicht zum Ausdruck zu bringen, da er durch seine Stellung als Betriebsangehöriger mit den sich daraus ergebenden Folgen bei der Vertretung der ihm übertragenen Interessen der anderen Betriebsangehörigen sich eine Reserve auferlegen muß, um seinen Erwerb zu behalten. Es wird dadurch den Versicherten zur Unmöglichkeit gemacht, für eine fortschrittliche Entwicklung der Sozialversicherung einzutreten, denn der Arbeitgeber, der ja immer den Vorsitz in den Sitzungen führt, ist in der Lage, die Ansichten der Versichertenvertreter ständig kontrollieren zu können und, wenn diese nach seiner Ansicht die Interessen des Betriebes nicht genügend wahren, zu entlassen.

Diese Minderung der Rechte der Versicherten wird im großen noch fortgesetzt im Verbands zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen, dem fast alle bestehenden Betriebskrankenkassen angehören. Hier ist den Versicherten erst im vorigen Jahre das Recht zugestanden worden, die Hälfte der Sitze für sich zu beanspruchen. Trotz aller jahrelangen Versuche, die durch RVO. begründete Form einzuführen, haben sich die Arbeitgeber dazu nicht bereit erklärt, sondern nach wie vor ihren Herrenstandpunkt beibehalten und das trotzdem die Hauptlasten der Betriebskrankenkassen von den Versicherten ausgebracht werden. Die Zusammensetzung des genannten Verbandes ist dann auch maßgebend für die dort vertretene Ansicht über die Sozialversicherung, die lediglich als eine Angelegenheit der Arbeitgeber betrachtet wird.

Es ist festgestellt worden, daß Betriebskrankenkassen Versicherte, die mit einem chronischen Leiden behaftet sind, aus dem Betriebe herausgebracht haben, um die Kosten der Krankheit nicht zu tragen. Ebenso wird von vielen Unternehmern vor Aufnahme der Beschäftigung eine Untersuchung verlangt, die über den Gesundheitszustand Aufschluß geben soll. Obwohl diese Maßnahme

an sich nicht zu beanstanden wäre, wenn es in allen Betrieben geschehen würde, so ist doch zu sagen, daß eine derartige Einstellung lediglich dazu dient, den Betriebskrankenkassen keine Versicherten zuzuführen, die vielleicht in Zukunft eine größere Belastung hervorrufen würden. In der gleichen Linie liegt auch die Tendenz der Unternehmer, für deren Betriebe eigene Betriebskrankenkassen bestehen, ältere Leute, bei denen immer eine größere Erkrankungsgefahr vorhanden ist, nicht einzustellen.

Weiter ist aber auch schon festgestellt worden, daß Gelder der Betriebskrankenkassen, anstatt den Versicherten zugeführt zu werden, im Betriebe verwendet wurden.

Wie die Arbeitgeber über die Betriebskrankenkassen denken, geht aus einem vertraulichen Rundschreiben des Schutzverbandes der sächsischen Betriebskrankenkassen hervor, in dem sich der schöne Satz befindet:

„Besteht aber keine Betriebskrankenkasse mehr, so ist dem Arbeitgeber damit die letzte Möglichkeit entzogen, Einblick in die persönlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer zu gewinnen.“

In einem anderen Rundschreiben des gleichen Verbandes heißt es im Anschluß an einen Versammlungsbericht:

„In dieser Hauptversammlung ist von allen Seiten mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, wie wertvoll die Erhaltung von Betriebskrankenkassen in wirtschaftlicher und individueller Hinsicht nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die Arbeitgeber ist.“

Diese beiden Zeugnisse geben einen klaren Einblick in die Absichten, die mit der Errichtung von Betriebskrankenkassen verfolgt werden. Dadurch gewinnt auch die oben aufgestellte Behauptung über die Ausscheidung schlechter Risiken an Bedeutung, denn es ist selbstverständlich, daß die Kenntnis der persönlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer sich insbesondere auf die Feststellung der gesundheitlichen Verhältnisse bezieht. Daß diese Behauptung nicht übertrieben wird, geht hervor aus einer Notiz der „Frankfurter Volksstimme“, in der geschildert wird, daß bei den höchsten Farbwerken zwei erkrankte Mitglieder der Betriebskrankenkasse, weil sie bei der Krankheitskontrolle nicht zu Hause angetroffen wurden, einfach aus dem Betrieb entlassen sind. Etwas Derartiges ist bei der Ortskrankenkasse niemals möglich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Arbeitnehmer in keiner Hinsicht ein Interesse daran haben, daß für ihren Betrieb eine Betriebskrankenkasse errichtet wird, denn letzten Endes sind sie ausschließlich die allein Geschädigten, da der Arbeitgeber mit der Gründung nur den Zweck verfolgt, seine wirtschaftlichen Interessen in allererster Linie wahrzunehmen. Pm.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Das Volksbegehren in Anhaft mit dem Ziele der Auflösung des Landtags, dessen Einzeichnungsruf am 1. August abließ, ist gescheitert. Es haben sich nur rund 72 000 Abstimmungs berechtigte eingezeichnet, während rund 77 000 Einzeichnungen erforderlich waren.

Die preussische Regierung erließ am 6. August unter Anwendung der Notverordnung eine Rundgebung gegen den Volksentscheid.

Der Volksentscheid am 9. August 1931 über die Auflösung des Preussischen Landtags ergab 9 793 603 Ja- und 391 300 Nein-Stimmen. 226 000 Stimmen waren ungültig. Da nur 37 Proz. der Abstimmenden mit Ja stimmten, anstatt mehr als 50 Proz., hat der Volksentscheid die Auflösung des Landtages abgelehnt.

Die Arbeitslosigkeit stieg in der zweiten Julihälfte um 20 000 auf 3 976 000.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika wird für den Monat Juli auf 5,2 Millionen geschätzt. Das ist eine Zunahme von 175 000 gegenüber dem Stand vom 22. Juni 1931.

36,1 Proz. Gold- und Devisendeckung verzeichnete die Reichsbank am 31. Juli. Damit ist der Stand gegenüber der dritten Juliwoche unverändert geblieben.

Normaler Zahlungsverkehr bei den Banken besteht wieder seit 5. August. — Bei den Sparkassen ab 8. August 1931.

Reichskanzler Brüning hielt am 4. August eine Rundfunkrede, in der er u. a. erklärte, daß ihn am Tage des Volksentscheids in Preußen niemand an der Wahlurne sehen werde.

Die Reise nach Rom des Reichskanzlers Brüning und des Reichsaussenministers Curtius erfolgte am 5. August.

Liebe um Ludendorff

Die Nationalsozialisten und Völkischen lieben es, sich der übrigen Welt gegenüber als Sittenrichter aufzuspielen. Kein Mensch ist ihnen rein genug, kein Buch und keine Zeitung züchtig genug. Da mutet es fast wie eine Ironie an, daß „Das badiſche Kampfbblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur“, genannt „Der Führer“ in Folge 72 des 5. Jahrgangs dem nordisch-völkischen General Ludendorff und dessen gleichgestimmter Gemahlin Mathilde v. Kemnitz aus einem soeben erschienenen Buch des Oberstleutnant a. D. Georg Ahlemann, eines langjährigen Mitarbeiters des Generals Ludendorff, im häuslichen Bruderzwist zwischen Nationalsozialisten und Völkischen folgendes Sittenbild germanisch-keuschen Liebeslebens vorhält, damit — was allerdings das nationalsozialistische Organ zu sagen unterläßt — die Welt daraus erfieht, daß auf sittlichem Gebiet die völkischen Redensarten mit der Wahrheit genau so in Widerspruch stehen, wie auf politischem Gebiet. — Wer ist Mathilde v. Kemnitz? Frau Dr. Mathilde ist Nervenärztin und eine besonders tüchtige Hypnotiseurin. Sie ist vielfach gebildet, hat viel gelesen und viel geschrieben. Da aber diese Frau einen ungewöhnlich starken Einfluß auf General Ludendorff hat, so müssen wir uns mit ihr beschäftigen. Diese Frau, die als politische Tugendwächterin in alle Winkel und Ecken des völkischen und nationalen politischen Lebens hineinleuchtet, um überall Unrat zu wittern, muß die Öffentlichkeit einmal näher betrachten. — Wie die Döglein im Walde. Als Tochter des Professors Spieß am 4. Oktober 1877 geboren, bezog das Fräulein Spieß mit 21 Jahren die Universität Freiburg, wo sie Medizin studierte. Schon in jungen Jahren soll sie ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein zur Schau getragen und sich gern über Grenzen hinweggesetzt haben, die zu jener Zeit noch viel enger gezogen waren als heute. Mit 25 Jahren, also 1902, hat sie ihr Studium beendet und zieht nach Berlin. In ihrem Elternhaus hatte sie während der Universitätsferien einen Schüler v. Kemnitz kennengelernt, der bei ihren Eltern in Pension war. Dieser junge v. Kemnitz, der der Enkel einer schwerreichen Großmutter war, die in Hamburg lebte, beschloß, die Schule nicht zu beendigen. Er trat in die kaufmännische Lehre in Hamburg ein. Kaum ist Fräulein Spieß, die das Physikum soeben absolviert hatte, in Berlin eingetroffen, da schreibt sie dem damals 19jährigen Jungen v. Kemnitz, er solle seine kaufmännische Stellung verlassen und zu ihr nach Berlin kommen ... und ... er kam. So bezog dieses Liebespärdchen, er 19, sie 25 Jahre alt, eine Wohnung in Berlin und lebte wie die Döglein im Walde.

Doch solches Leben war nicht nach dem Geschmack des Vaters, Major a. D. v. Kemnitz. Mit seinem Besuch plakte er hinein in dieses Idyll, in dem Fräulein Mathilde mit dem jungen reichen Erben in wilder Ehe lebte ... Die spätere Frau Mathilde hat sich höchst belustigt über die Versuche des Herrn Majors v. Kemnitz geäußert, seinen Sohn aus der Gewalt dieser Frau heimzuholen. Jedenfalls mißlingen diese Versuche und Fräulein Mathilde blieb Siegerin.

Persönliche Freiheit in der Ehe und Nacktphotographien. Inzwischen machte der junge v. Kemnitz sein Abitur und studierte Medizin. Der Druck der Eltern führte das Pärchen dann nach einem Jahr nach München, wo sie, als nach dreijähriger wilder Ehe — das erste Kind kam, sich standesamtlich trauen ließen und diesen Vorgang nachträglich den Eltern mitteilten. Das war um das Jahr 1905. Nach eigenen Äußerungen der Frau Dr. v. Kemnitz war diese Ehe auf dem Grundfaß größter persönlicher Freiheit in bezug auf das Triebleben aufgebaut. Die Erotik spielt im Leben dieser Frau eine sehr große Rolle. Aus dieser Zeit existieren im Wald und im Gebirge aufgenommene Nacktphotographien von Frau Dr. Mathilde und v. Kemnitz, der

heutigen völkischen Moralistin und Künlerin eines neuen Gottesglaubens, die sich heute noch belustigend die Herrenwelt in München und Berlin verstoßen lächelnd herumzeigt.

Das lustige Offizierslazarett. So lebte die Frau Dr. Mathilde ein abwechslungsreiches Genußleben bis der Weltkrieg ausbrach. Die 37jährige Nervenärztin wurde Chefärztin in Partenkirchen in einem dort errichteten Offizierslazarett für nervenkranken Offiziere. Dort ging es lustig zu. Frau Dr. Mathilde lernte unter den Patienten einen Hauptmann K. kennen, dem sie sich so näherte, daß dieser Offizier ihr einstens erklärte: „Gnädige Frau, wenn die Dinge zwischen uns so weitergehen, dann werde ich eines Tages an Sie eine ernste Frage richten.“ Darauf lachte

Frau Mathilde und erklärte: „Diese Frage können Sie ruhig stellen, denn ich habe meine Ehe so eingerichtet, daß ich, ebenso wie mein Mann, tun und lassen kann, was ich will!“ Also wurde der Hauptmann K. sehr bald das Derhältnis der Frau Dr. v. Kemnitz, der großen Philosophin, Sittenrichterin und Religionsstifterin. — Nicht mehr der einzige Geliebte. Zwei Jahre später verunglückte Dr. v. Kemnitz bei einer Alpenpartie. Nunmehr heiratete K. die Witwe Dr. Mathilde v. Kemnitz. Zwei Jahre dauerte die Ehe, dann zerbrach sie. Der inzwischen zum Major beförderte K. merkte bald, daß er nicht mehr der einzige Geliebte war. Nach der Scheidung dieser Ehe, die übrigens in seinem Stammbaum General Ludendorff sonderbarerweise nicht erwähnt, nahm die geschiedene Frau Major K. wieder den besser klingenden Namen „v. Kemnitz“ an. Das war um das Jahr 1920. Jetzt tritt eine Pause in ihrem Leben in bezug auf die ehelichen Bindungen ein. — Ludendorff, der wieviele...? Im Jahre 1924 erscheint sie in Weimar und verherrlicht Ludendorff, in dessen Haus sie eingeführt wird. 1925 überträgt ihr der General Ludendorff die Behandlung seiner durch die eheliche Misere und über den Schmerz des Verlustes von zwei innig geliebten, gefallenen Söhnen, morphiumsüchtig gewordenen Gattin. Das Verhalten der Frau Dr. Mathilde im Hause des Generals Ludendorff führte zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Frau Dr. v. Kemnitz, geschiedener K., und dem Stiefsohn Ludendorffs, Oberstleutnant Heinz Dernet. Mit allen gerissenen fraulichen Feinheiten gelang es ihr, die Ehe restlos zu zerstören. So kam die Scheidung zustande. Frau Dr. Mathilde v. Kemnitz hatte gesiegt und der erste Generalquartiermeister des Weltkrieges wurde der dritte Ehegemahl und der wieviele Geliebte dieser Frau!

Vorbildliches Leben? Ob nach diesem Vorleben Frau Dr. Mathilde die geeignete Persönlichkeit ist, um Erzieher tagungen zu leiten, wie sie es anordnete, wir bezweifeln es. Jedenfalls schreibt General Ludendorff: „Meine Umgebung ist rein. Ich fordere vorbildliches Leben von dem deutschen Volk.“ Hat das Haus Ludendorff ein Recht zu solchen Tiraden?

An unsere Frauen!

Viele von euch können nicht begreifen
Warum wir uns organisieren,
Warum alle Wochen der Kassierer kommt
Um Beiträge zu fassieren.
Viele von euch höre ich fragen:
„Was hat das für einen Sinn,
Für was gibst du eigentlich
deine mühsam verdienten Groschen hin?“
Denk einmal nach und leß
An Stelle vom Schmäler-Roman
Unser Verbandsorgan!
Seht, was wir erkämpfen, was wir erringen,
Wie wir die Nacht bezwingen
Und aus dem Meer der Dunkelheiten
Vorwärts, dem Licht entgegenstreiten,
Geht es auch langsam, Schritt für Schritt,
Millionen schreiten mit.
Millionen haben das Ziel erkannt.
Millionen reichen die Bruderhand.
Beruht euch ihr Frauen!
Begeistert unser Streben!
Helst mit uns bauen
Ein schöneres Leben!
Es ist kein Groschen zubielt den wir bringen.
Kein Opfer zu groß um den Sieg zu erringen!
J. S. E. Büttner

Lies deine „Gewerkschaft“!

Wirf die gelesene Zeitung nicht weg, sondern gib sie den Unorganisierten! Du wirbst damit für den Verband.

Diskutiere mit deinen Kollegen und Kolleginnen dir interessant und wertvoll erscheinende Artikel! Das wirkt aufklärend und regt auch die ändern zum lesen der „Gewerkschaft“ an. Ihr wappnet euch gegen nationalistische und kommunistische Verhetzung und bewahrt euren Verband vor Verfall.

Der weiße Kuli

V.

Man mußte Sorge tragen, sich aus dem Bereich dieser „überwältigenden“ Töne zu begeben; es begann sich nämlich im Kopfe auch so ein Klopferwerk zu bilden mit ping-pang-pong — Resultat wäre wahrscheinlich eine zunehmende „Albernheit“ gewesen, die zur „Drolligkeit“ ausgewachsen wäre und schließlich in der Irrenanstalt ihr wenig reizvolles Ende gefunden hätte.

So blödsinnig auch einem Europäer diese Singerei erscheinen mag, so wäre doch eine derartige Beurteilung voreilig und falsch. Man wird nämlich die Wahrnehmung machen, bei einiger Aufmerksamkeit, daß ein gewisser Rhythmus in diesem Gesang liegt und dieser Rhythmus teilt sich allen Arbeiten mit. Sei es nun, daß ein Eisenbahnwaggon bewegt werden soll oder ein schweres Eisenblech gehoben wird, oder im Laderaum schwere Säcke mit Erdnüssen zu einem Bündel zusammengelegt werden, um sie heben zu können — alles geht nach einem Rhythmus, der eben gegeben wird durch den Gesang, der dumpf, monoton, auf- und ab-schwellend allem Tun seine Eigenart aufdrückt. Diese Rhythmisierung der Arbeit ist ein nicht zu unterschätzender Hochstand der „Arbeitstechnik“. Es werden nämlich durch diesen Rhythmus, der alle an der Arbeit Beteiligten durchschwingt, sämtliche Arbeitskräfte zu oder in einer Kraft konzentriert. Zu gleicher Zeit wird die Kraft angelegt, mit gesammelter Kraft die Last bewegt und zu gleicher Zeit lassen auch wieder alle Kräfte ab. Auf diese Weise gehen keine Kräfte verloren, keine werden vergeudet und der Kraftaufwand des einen ist der gleiche wie der seines Kameraden.

Und wenn diese schwarzen Jungens Feierabend machen, ihr Weißbrot und allenfalls ihre paar Pence empfangen haben, dann rennen sie wie ausgelassene Schulbengel nach Hause, balgen sich und werfen sich mit Bananenschalen. Wenn europäische Fabrikarbeiter Feierabend machen, dann gleicht der Zug, der sich da aus den Fabriktoren herauswälzt, eher einem Leichenzug.

Die Art des „Kohlens“ war eines der unvergeßlichsten und fürchtbarsten Bilder auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“, die ich je gesehen habe: Zwei Laststege sind an das Bunkerloch angelegt. Die Reihen der Neger laufen bereit. Jeder hat einen runden Korb, der etwa 30 Pfund Kohle faßt — und dann gehts los: Im Handumdrehen ist der Korb gefüllt, ebenso schnell auf die Schultern gehoben — marsch, marsch den Steg hoch, ausgekippt, den anderen Steg wieder hinunter und dann daselbe Spiel — stundenlang. Alles Tempo, Tempo. Im Augenblick ist alles in einen undurchdringlichen, stimmernden, quälenden Staub gehüllt, da die Kohlenknochen trocken sind. Ueber dieser Szenerie lagert die afrikanische Sonne, die durch ein Brennglas zu sengen scheint. So entsteht schließlich eine Atmosphäre hier, die im wahrsten Sinne des Wortes zum Ersticken ist, wenigstens für uns Europäer. Die Schwarzen aber machen weiter ihren „run“ trotz Staub, Hitze und Last.

Nur hin und wieder wirft mal einer unter seiner Last her einen Blick nach oben, wo die Weißen stehen und zugucken. Und dieser Blick aus den dunklen, wilden Gesichtern, auf denen durch Kohlenstaub und Schweiß sich eine häßliche Kruste gebildet hat, die diese Physiognomien noch greulicher macht — dieser Blick ist alles eher als beruhigend. Es ist der Blick — das blutunterlaufene Weiße dieses Auges macht ihn dazu — eines wilden, zornigen Tieres, das erdrückt wird von einem Koloß, dem es zu schwach ist zu widerstehen. Wehe dem Koloß, wenn er sich eine Blöße gibt, bevor er seinen Widerjacher endgültig „erledigt“ hat. — Es wäre sonst möglich, daß auch ihm von dieser vergewaltigten Bestie Wunden geschlagen werden, an denen sogar er, der mächtige Koloß, zugrunde gehen könnte.

Und — allgemein gefragt — ist dieser Blick vielleicht ein Menetekel für uns Kolonien raubende Europäer, der uns zu denken geben soll?

Ja, und dann sei noch einiges gesagt über die Kleidung usw. dieser Hafenkulis. Durch das Klima bedingt, wäre es eigentlich nicht nötig, daß diese schwarzen Gentlemen sich um Bekleidungsfragen kümmern. Laufen sie doch auch im Busch fast nackt herum, sogar ohne Kopfbedeckung. Das will etwas heißen in einem Lande, wo die Sonne durch ein Brennglas scheint; ein Weißer würde sich unter dieser Sonne ohne Hut oder Tropenhelm einen prächtigen Gehirnklops holen.

Im allgemeinen ziehen die Schwarzen an, was auch nur die entfernteste Ähnlichkeit mit einem Kleidungsstück hat.

Einer dieser Hafenkulis hatte als einziges Bekleidungsstück ein weibliches Beinkleid an (mit Spitzenbesatz) — weiß der Teufel, wo er es aufgebäht hat. Der Anblick genügte, um ein „weißes“ Zwerschell zum Erschüttern zu bringen. Ein anderer stolzierte mit einem abgelegten Damenhut herum, der von abenteuerlicher Fajon war. Die einzige „Garnierung“ war eine überdimensionale Hahnenfeder, welche dazu beitrug, dem Niggerboy einen durchaus glaubhaften räuber-romantischen Anstrich zu geben.

Natürlich sieht man da unten im Süden auch Schwarze, die in tadellosen Sakko-Anzügen herumlaufen oder in blütenweißen Tropenanzügen, tipp-toppem Kragen mit hypermoderner Krawatte, „Kreislänge“ (Strohhut meine ich), Lackschuhen und Stöckchen.

Es ist keine feine Eleganz, sondern mehr „Gigeritum“ und „Diktuererei“. Man merkt auch gerade an diesem übereleganten Gehabe des Niggers mit Geld den Mann mit der Kultur, die noch in den Kinderschuhen steckt.

Das äußerste Extrem zu diesem „Neger-Gigeri“ sind die Leute auf dem Kai, die in der Regel so gekleidet sind: alte Kohlen-, Zucker-, Soda- oder Salzsäcke dienen als Kleidungsstücke. In das geschlossene Ende des Sackes wird ein Loch geschnitten, durch das der Kopf gesteckt wird. An den Seiten werden gleichfalls ein paar Löcher hineinpraktiziert: die Armlöcher. Dieses ebenso elegante wie praktische Habit vereinigt in sich Rock, Weste, Mantel, Kragen und Schlips (man könnte die Neger beneiden). Als „Dejjous“ nimmt man ebenfalls einen Sack. Der Boden wird aufgetrennt, man schlüpft hinein und befestigt ihn mit einem Bindfaden oder einem Stück Draht über den Lenden. Da dieser „Hosenrock“ bis auf die Erde reicht, so erübrigen sich auch Schuhe und Strümpfe. Zur Deroollständigung der Eleganz dient noch ein auch aus Sackstoff fabrizierter Hut, dem man die Form eines „Käppis“ gegeben hat, also mit zwei Spitzen ohne Schirm, an der vorderen Spitze sitzt eine lustige Troddel. —

Eine Gegenüberstellung des afrikanischen und des europäischen Proletariats könnte zu dem Resultat führen, daß der Lebensstandard des ersteren erheblich unter dem des letzteren stünde. Man läßt sich nur leicht von der Primitivität des Lebens der Schwarzen täuschen. Es ist wahr, wenn der Neger weißes Brot, einige Kupfermünzen und allenfalls eine Zigarette hat, dann ist er der glücklichste Mensch auf Gottes weitem Erdboden und keine Arbeit ist ihm zu schwer, zu lang und zu dreckig, um diese drei Telle zu erlangen. Er hat seine eigene Hütte mit Drum und Dran — er braucht nichts mehr.

Und der weiße Proletarier? Ist er auch zufrieden mit einem Brot, mit Kupfergeld und Zigarette? Nein — und er kann es auch nicht. Warum kann er es nicht? Nun, weil er kultivierter ist als der Neger. Das ist richtig, nur hat der Proletarier am wenigsten Anteil an dieser zunehmenden Kultivierung. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Lebensverfeinerung kommen ihm soniel wie gar nicht zugute. Sein Streben ist nun also, auch dieser Fortschritte der Zivilisation teilhaftig zu werden, und so ist denn das Leben des Proletariats ein immerwährender Kampf mit der Differenz zwischen seinen Begierden und der Erfüllung derselben. Je hochgepannter also die Wünsche sein werden, desto heftiger wird auch der Kampf sein.

Hierin ist also der Grund zu suchen, weshalb die freudvolle Ditalität und so der Lebensstand des schwarzen Proletariats immer höher ist als der des weißen.

Die Spanne zwischen Begierde und Erfüllung beim Schwarzen ist dank seines niedrigen kulturellen Niveaus eine derart kleine, daß vom Kampf im obigen Sinne kaum die Rede sein kann und also auch nicht von Unzufriedenheit. —

* * *

Lourenco Marques — Portugiesisch Ost-Afrika. Eine der malerischsten Hafeneinfahrten der Ostküste Afrikas. Jäh abfallende Steinküste, Roterde, hänge mit saftigem Grün, hier und dort die weißen Tropenhäuser — ein schöner Anblick.

Die Stadt selbst: nun, war man in Eissabon und nicht gerade in den elegantesten Vierteln, denkt sich noch hinzu afrikanische Drecksigkeit und Primitivität, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie es in einer portugiesischen Kolonie aussieht. Straßenbeleuchtung unter allen Kanonen, viele Straßen schreien direkt nach Hals- und Beinbruch. Die einzigen sauberen Läden sind deutsche.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Reinickfall

Reinicke hatte wie gewöhnlich am Freitag kurz vor Feierabend die Verbandsbeiträge kassiert. Als er die eingelieferten Bücher einpackte, um auf dem Verbandsbüro die Verbandsmarken einkleben zu lassen, hielt er plötzlich inne. Donnerwetter! Sein Freund Grämlich hatte ja noch nicht bezahlt! Und das war doch sonst ein so pünktlicher Zahler! Sofort ließ er alles liegen und eilte zu dem Dergezlichen. Doch dieser machte keine Anstalt zu zahlen, wandte sogar nicht einmal den Kopf, sondern brummte bloß: „Ach, laß mich mit dem Quatsch zufrieden!“

Der Kassierer machte große Augen. Was war denn dem in die Krone gefahren? Er beugte sich zu ihm hernieder und fragte ihn nochmals in recht kameradschaftlichem Ton. Da wandte sich der Angesprochene um und erklärte kurz und barsch: „Ich zahle überhaupt nicht mehr. Nun weißt du alles!“ Unser abgewiesener Kassierer starrte seinen Freund verdutzt an. Sofort wollte er dem Wankelmütigen gut zureden. Plötzlich hielt er inne. Er sah, wie Grämlichs Nachbar spöttisch auf ihn schaute, und nun begriff er alles. Dieser Nachbar, ein RGO-Mann, hatte seinem Freunde den Kopf verdreht! Kurz entschlossen drehte er sich um und trollte sich auf seinen Platz, um sich nicht vor diesem Radikalinski mit seinem früheren Verbandskollegen zu zanken. Als aber alles nach Hause ging, wartete er auf Grämlich, um ihm seinen Austritt gründlich auszureden. Er redete lange auf ihn ein, zog alle Register seiner Beredsamkeit, er scheute sogar einen großen Umweg nicht. Umsonst! Ganz umsonst! Immer wieder vernahm er dieselbe Citanei: „Ihr macht nichts für uns!“ Da drückte ihm Reinicke die Hand zum Abschied und sagte nur noch warnend zu ihm: „Na, Karl, ich sage dir, sieh dich vor, du wirst diese Brüder schon noch kennenlernen!“

Das sollte nicht lange auf sich warten lassen.

Schon vorher war die Arbeit knapp gewesen. Eines schönen Tages wurde der Betriebsrat ins Kontor gerufen, und als er nach längerer Zeit wiederkam, sahen alle Betriebsratsmitglieder sehr erregt aus und der Obmann, ein RGO-Mann, rief fast an der Tür in den Fabriksaal hinein: „Also, Kollegen, denkt euch an, die Firma will Entlassungen vornehmen!“ Und als sich alle Augen zu ihm wandten, rief er weiter: „Aber das leiden wir nicht! Kommt heute Abend alle zur Betriebsversammlung!“

Nach Feierabend zog die gesamte Kollegenschaft in das nahe gelegene Versammlungslokal; nicht ein Mann fehlte. Als der Betriebsratsvorsitzende das Podium bestieg, sah eine dichtgedrängte Zuhörerschaft zu ihm hinauf. Ihre Erwartung wurde nicht enttäuscht. Der „radikale“ Redner fuhr das schwerste Geschütz auf, zog alle Register seiner Beredsamkeit gegen die Firma, die sich erst an den Arbeitern bereichere und sie bei der ersten besten Gelegenheit auf die Straße werfe. Zum Schluß rief er donnernd in den Saal: „Laßt euch nicht hinauswerfen! Die Firma hat genug an euch verdient. Sie kann ruhig auf Lager arbeiten lassen und euch alle dadurch halten!“

Lauter Beifall folgte, und als unser Reinicke aufstand und der Versammlung plausibel zu machen suchte, daß das wenig Zweck haben würde, rührten sich für ihn nur wenige Hände, dafür bekam er von verschiedenen Seiten nicht gerade sehr schmeichelnde Zurufe zu hören. Am meisten wurmte ihn, daß sein ehemaliger Freund und Verbandskollege ihm ins Gesicht schlenberte: „Hauptsache, du sitzt fest. Die andern können ja stempeln gehen!“ Denn Reinicke war auch im Betriebsrat. Er verbiß sich aber die Antwort, die ihm schon auf der Zunge schwebte. „Dem werden ja auch noch die Augen aufgehen!“ dachte er in seinem Sinn. Der Vorschlag des Redners wurde richtig angenommen und am nächsten Morgen begab sich der gesamte Betriebsrat wieder ins Kontor, um dem Chef die Antwort seiner Belegschaft mitzuteilen. Allzuviel Eindruck schien das auf diesen nicht gemacht zu haben, denn schon nach kurzer Zeit kehrten sie wieder und sahen alle recht niedergeschlagen aus, selbst der sehr kampfesmutige Vorsitzende. Jetzt rief er sie auch nicht feurig wie am Tage vorher zum Kampf auf, sondern gab den aus allen Himmeln gerissenen Kollegen zu verstehen, daß die Firma sich auf nichts einließe, sondern ihm gedroht habe, ganz einfach den ganzen Betrieb stillzulegen. Den ganzen Tag über ging unter den enttäuschten Kollegen das Geraune, was nun werden sollte. Am Abend war das Versammlungslokal wieder voll. Als aber der Betriebsratsvorsitzende wieder wie am Tage vorher gegen die Firma losdonnerte, hörten längst nicht mehr alle danach hin, als wenn es nur ein blinder Schuß sei. Als darauf unser Reinicke aufstand

und vorschlug, die Arbeitszeit zu verkürzen, damit niemand entlassen zu werden brauchte, rechnete er todsicher damit, daß er großen Anklang finden würde. Aber o weh! Statt Beifall bekam er von links und rechts zu hören: „Sollen wir denn alle langsam verhungern!“ Zu seinem größten Erstaunen ließ sich da Grämlichs rauhe Stimme vernehmen: „Aber das ist doch einfache Pflicht der Kollegialität, daß wir alle verkürzt arbeiten!“ Und als einige ihm heftig widersprachen, rief er seinem radikalen Betriebsrat zu: „Na, Karl, rede du doch! Sage du ihnen doch, was sich für einen modernen Arbeiter gehört!“

Und Karl erhob sich, aber sehr zögernd. Dann fing er an zu reden, längt nicht mehr so feurig wie vorher. Was er aber vorbrachte, war gerade das Gegenteil von dem, was sein neuer Gesinnungsgenosse Grämlich für selbstverständlich gehalten hatte. Er setzte sich dafür ein, daß man doch zu Entlassungen schreite. Und als ihm Grämlich, ganz rot vor Aufregung heiser zuschrie, daß er damit viele Kollegen ins Elend stürze, schloß dem Redner auch das Blut zu Kopf, er winkte ab und meinte, daß sie bei Verkürzung der Arbeitszeit auch keine Seide spinnen würden. Als ihm aber der aufgeregte Grämlich weiter zuschrie, daß das doch nicht revolutionär sei, da bligte des Redners Auge auf und paßig donnerte es zurück: „Was verstehst du von revolutionärer Taktik!“ Wutentbrannt sah der enttäuschte Grämlich da, als dann in der Abstimmung beschlossen wurde, die Vorschläge der Firma anzunehmen und die Entlassungen vorzubereiten.

Stumm und verbissen nahm Grämlich seinen Hut, als die Versammlung zu Ende war. Ohne Gruß ging er an seinem Nachbar und neuen Freund, der ihn einst in die alleinseligmachende RGO-eingeführt hatte, vorbei wie an einem Menschen, der an allem schuld trägt. Mürrisch schob er sich hinaus, ohne nach rechts und links zu sehen.

Reinicke merkte, was in seiner Seele vorging. Er folgte ihm, schloß sich ihm an und war gar nicht böse, daß Grämlich kaum ein Wort sprach. Als sie eine Weile stumm nebeneinander hergegangen waren, sagte er zu dem Schweigenden: „Na, Emil, glaubst du noch, daß die RGO. besser für euch eintritt als wir?“

Da blieb der enttäuschte Grämlich stehen, sah seinem Freund ins Gesicht und schüttelte schweigend den Kopf. Dann sagte er weiter nichts als: „Laß mich bloß mit denen zufrieden! Ich will mit ihnen nichts mehr zu tun haben... Freitag trete ich wieder ein in den Verband!“

Am Freitag erschien zu aller Erstaunen unser Grämlich wieder bei seinem alten Verbandsfreunde Reinicke und legte ihm eine größere Summe als Nachzahlung auf den Tisch. Die rote RGO-Karte fand man zerrissen auf der Erde liegen. E. K., Bin.-Charlbg.

Schäme dich, Kamerad!

Wie kannst du zum Stahlhelm oder
Patentreuz gehen,
Mit ihrem Abzeichen an der Arbeit
sehen?

Beide Dekorationen
Sind Provokationen.
Sie streben zum wilhelminischen

Erleben,
Du aber sollst in der Ruchschafft
bleiben.

Hast du vergessen das Schitanieren,
Das „Auf und Nieder“ kommandieren?
Sie haben dich geschändet,
Und du bist verblendet,
Daß du mit ihnen marschierst
Und den Helden martierst.

Bei beiden marschieren im gleichen
Schritt

Kaisersöhne, Heimstrategen und jene
mit,
Die dich beschimpften ein Graben-
schwein,
Du läreest nicht wert ein Deutscher
zu sein.

Der Kaiser selber hat sich gedrückt,
Als ihm sein Stahlbad ist mißglückt.

Hast du weiter es vergessen,
Daß deine Alten im Gefängnis ge-
fesselt?

Als sie in Streits ihre Rechte vertragen,

Schickte der Kaiser seine Soldaten,
Die auf Befehl niederschossen
Vater, Mutter und ihre Genossen.

Du bist jenen ein Soldnrecht nur.
Von gleichen Rechten keine Spur.
Du darfst beschützen ihren heiligen

Saal,
Standesdübel und Kapital.
Jhnen ein gleichwertiger Kamerad zu

sein,

Giltst du ihnen als viel zu gemein.

Sie wollen wieder die Monarchie,
Bekämpfen mit List die Demokratie.
Du als ihr treuer Frontkamerad,
Schaufelst dir dein eigenes Grab.
Und bekommst später als Arbeiterlohn
Für deinen Verrat einen Tritt als
Lohn.

Du bist verblendet, gefösst unserer
Klasse.

In unsere große proletarische Masse.
Du mußt mit uns zusammengehen,
Dann ist es um Mosch's Nacht ge-
sehen.

Zusammengeschlossen sind wir die
Kraft,

Die Arbeit, Brot und Freiheit schafft.

Prolet hör her!

Du gehörst zum Massenheer!

B. Grentmayer, Bremerhaven

Unsere Jugend

Berufsunfälle der Jugendlichen

Die fortschreitende Technisierung und Rationalisierung der Betriebe in Verbindung mit der zunehmenden Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erfordert steigende Opfer. Notwendiger denn je ist daher der Ausbau des Unfallschutzes. Nicht dringender genug kann auch die Mahnung an die Arbeiter gerichtet werden, bei der Ausübung ihrer Berufsarbeit Vorsicht walten zu lassen. Besonders die Jugendlichen, die das Leben noch vor sich und große Aufgaben zu erfüllen haben, tun gut, wenn sie auf die Vorschriften achten und nicht gedankenlos ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Man muß leider feststellen, daß die Zahl der jugendlichen Berufsoffer außerordentlich hoch ist. In vielen Berufsgruppen ergibt die prozentuale Berechnung einen weit höheren Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Unfallverletzten als der der Erwachsenen. Es sind dies nicht etwa nur solche Berufe, die viele Jugendliche, hauptsächlich Lehrlinge, beschäftigen. — Die folgende Tabelle, einer Statistik des Gewerbeaufsichtsamtes Leipzig entnommen, zeigt den starken Anteil der Jugendlichen an den Unfällen.

Gruppe	Jugendliche	Erwachsene
	in Prozenten	
Industrie der Steine und Erden	9,6	7,9
Eisen- und Metallgewinnung	36,2	22,6
Herstellung von Eisen-, Stahl und Metallwaren	10,2	6,9
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	14,1	8,5
Chemische Industrie	6,6	7,0
Textilindustrie	4,7	4,2
Papierindustrie und Dervielfältigungsgewerbe	4,8	3,7
Leder- und Kautschukindustrie	4,3	5,0
Kautschuk- und Asbestindustrie	3,7	3,6

Diese Feststellungen reden eine deutliche Sprache. Sie sind eine Mahnung an die Jugendlichen. Nur in der chemischen und Lederindustrie ist der Anteil der Jugendlichen an den Unfällen geringer als der der Erwachsenen, in den anderen hier angeführten Berufsgruppen ist er erheblich höher. Mit dem von den Unternehmern behaupteten Argument, daß der Unfall zumeist selbstverschuldet ist, läßt sich diese Erscheinung nicht erklären: Um die teure Arbeitskraft zu sparen, werden die Jugendlichen häufig zu verbotenen Arbeiten herangezogen, darauf sind die meisten Unfälle zurückzuführen. Die Jugendlichen müssen selbst darauf dringen, daß die Unfallverhütungsvorschriften beachtet werden. Auch sollen sie sich nicht zu verbotenen Arbeiten drängen und damit dem Unternehmer den Vorwand geben, die Beschäftigung gegen die Vorschriften auszudehnen. Wer verunglückt ist und ein oder mehrere Glieder eingebüßt hat, hat sein Leben lang daran zu tragen. Die Zahl der Jugendlichen, die in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben beschäftigt sind, bezieht sich auf etwa 900 000 bis 1 Million. Für sie gelten besondere Bestimmungen. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen 8 Stunden. In Ausnahmefällen kann die Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren um eine, für Jugendliche über 16 Jahren um zwei Stunden überschritten werden. Das Verbot der Nachtarbeit gilt nicht für Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Die Sonntagsruhe ist unbedingt zu halten. Die Unfallverhütungsvorschriften enthalten noch besondere Bestimmungen, die in den Betrieben ausgehängt werden müssen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche muß auch von den Jugendlichen begrüßt werden. Auch dadurch wird die Unfallziffer wesentlich verringert. Lange Arbeitszeiten mit der dadurch entstehenden Ermüdung vermehren die Unfälle. Nach einer Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände arbeiteten von 91 000 Jugendlichen 10 Proz. mehr als zehn Stunden täglich. Rund 23 000 erhielten keinen Urlaub. Daraus geht deutlich hervor, daß die bestehenden Bestimmungen nicht überall beachtet und durchgeführt werden. Besonders in den kleinen Betrieben werden die Schutzbestimmungen wenig beachtet.

Erfreulicherweise erkennen auch die Jugendlichen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr an. Dadurch kann der Mißachtung der Schutzvorschriften wirksamer entgegengetreten werden. Nur dort, wo die Jugendlichen gut

organisiert sind, ist die Gewähr gegeben, daß die Arbeitszeit innegehalten und sie nicht zu verbotenen Arbeiten herangezogen werden. Der jugendliche Arbeiter muß selbst darauf bedacht sein, Leben und Gesundheit zu schützen. Die gesunde Arbeitskraft ist das Wertvollste, was er besitzt. E. H.

Internationale Rundschau

In Sowjetrußland sollen die Facharbeiterlöhne erhöht werden. Der Diktator der sowjetrussischen Wirtschaft, Stalin, hat in seiner Rede, in der er wichtige Änderungen des Arbeitssystems — Rekrutierung von Arbeitskraft durch Verträge mit den Kollektivwirtschaften auf dem flachen Lande, Ausdehnung des Akkordlohnes, Verschärfung der Arbeitsdisziplin, Rückkehr zur Sechstageswochenarbeit für bestimmte Industrien usw. — ankündigte, auch die Änderung des Systems der Entlohnung der Arbeitskräfte als eine Notwendigkeit hingestellt. Seiner Erklärung zufolge sollen die Löhne der Facharbeiter erheblich erhöht werden, damit die ungelerneten Arbeiter und die Jugendlichen einen Anreiz für ihre Fachausbildung gewinnen und auch der ständige Wechsel der Arbeitsplätze, eine wichtige Ursache des Leerlaufs in der Produktion, aufhöre. Durch die bessere Entlohnung der Facharbeiter wird das sowjetrussische Entlohnungssystem dem europäischen noch weiter angenähert. Die Löhne in Sowjetrußland waren nämlich auch bisher schon stark abgestuft, nur bezogen sich die großen Lohnunterschiede weniger auf gelernte und ungelernete Arbeiter, als auf die verschiedenen Berufe und vor allem auf Lohnunterschiede bei der Entlohnung der männlichen und weiblichen Arbeit. — Das Internationale Arbeitsamt veröffentlichte kürzlich eine inhaltsreiche Untersuchung über „Die Löhne und die Regelung der Arbeitsbedingungen in Sowjetrußland“, die hinsichtlich der Abstufung der Löhne in Sowjetrußland aufschlußreiche Darstellungen enthält. Die Mitteilungen schließen mit 1929. Seit dieser Zeit dürften aber große Änderungen in der Abstufung der Löhne und Gehälter kaum eingetreten sein. — Sehr erheblich, wenn auch geringer als in der Vorkriegszeit, sind die Unterschiede in der Entlohnung der männlichen und der weiblichen Arbeit. Der durchschnittliche Monatslohn eines erwachsenen Arbeiters betrug im Jahr 1929 83,19 Tschernowenez-Rubel, der erwachsenen Arbeiterin 56,28 Rubel. Die Frauenlöhne betragen durchschnittlich etwa zwei Drittel der Männerlöhne. Die Gehälter der Angestellten überschritten den Lohn des Arbeiters um die Hälfte. — Besonders große Unterschiede sind festzustellen bei der Beschäftigung in den verschiedenen Produktionszweigen. Im Jahre 1929, als der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters für die ganze Industrie 83,19 Rubel, einer Arbeiterin 56,18 Rubel betrug, verdienten die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie 112, in der Lederindustrie 97, im Druckereigewerbe 97, in der Metallindustrie 95 Rubel. Die Arbeiter in der Lebensmittel-, Papier- und chemischen Industrie hatten einen Durchschnittslohn von 82 bis 84 Rubel. Am schlechtesten waren entlohnt neben den Arbeitern der Textilindustrie mit 71 Rubel Monateinkommen die Bergarbeiter und die Holzarbeiter (Sägewerke), die einen Monatslohn von 66 bzw. 62 Rubel erhielten. Ebenso groß waren die Lohnunterschiede bei den in verschiedenen Berufszweigen beschäftigten Arbeiterinnen, deren Monatslöhne zwischen 34 Rubel (Bergbau) und 83 Rubel (Bekleidungsindustrie) schwankten. — Für die gewerblichen Angestellten bestehen ebenfalls große Verschiedenheiten in den für die verschiedenen Posten ausgeworfenen Gehältern. Wie aus der Übersicht des IAA. hervorgeht, bestand zwischen den Gehältern der Fabrikdirektoren und denen der Büroangestellten eine Spannung bis zu 500 Proz. Außerordentlich große Unterschiede bestehen bei den Gehältern der Angestellten und Beamten der verschiedenen Produktions- und Verwaltungszweige. Am schlechtesten werden entlohnt die Angehörigen der sogenannten freien Berufe. Die höchsten Gehälter beziehen die Gewerkschaftsangestellten. Im Wirtschaftsjahre 1927/1928 betrug das monatliche Durchschnittsgehalt der sowjetrussischen Angestellten im öffentlichen Gesundheitswesen 57,4 Rubel. Setzt man dieses Monatsgehalt, das auf der niedrigsten Entlohnungsstufe liegt, gleich 100, so sind die Indizes für die Gehälter in anderen Angestelltingruppen wie folgt: Unterrichtswesen 129 (Monatsgehalt 74,6 Rubel), Post, Telegraph, Telephon 133 (76,9 Rubel), genossenschaftliche Verkaufsstellen 135 (77,9 Rubel), Rechtswesen 143 (82,4 Rubel), staatliche Handelsbetriebe und Sozialversicherung je 167 (96,3 Rubel), staatliche Versicherung 178 (102 Rubel), Verwaltung des Verkehrs wesens 183 (105,7 Rubel), Kreditanstalten 188 (108,6 Rubel), Staatsverwaltung und Verwaltung des Genossenschaftswesens je 192 (110,9 Rubel), Zentrale Wirtschaftsverwaltung 245 (141,3 Rubel), Verwaltung des Gewerkschaftswesens 253 (145 Rubel).

Aus unserer Bewegung

Leipzig. In der Generalversammlung am 29. Juli gab Kollege Reder den Geschäfts- und Kassenbericht. Im zweiten Quartal 1931 wurden 11 Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht, die sich auf 1600 Betriebe mit 5177 Beschäftigten erstreckten. Im ersten Halbjahr 1931 wurden 24 Lohnbewegungen in 2448 Betrieben mit 14 780 Beteiligten abgeschlossen. Das Ergebnis der Lohnbewegungen bestand darin, daß neben einer Anzahl von Verbesserungen auch ein Lohnabbau von 2 bis 7 Proz. eingetreten ist. Ueber die Mitgliederbewegung ist zu berichten, daß eine Reihe von Fachgruppen eine Zunahme zu verzeichnen hat, die zwischen 2 und 15 Proz. schwankt. Bei mehreren Fachgruppen ist die Mitgliederzahl stabil geblieben und bei einem Teil der Fachgruppen ist ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, so daß am Schluß des ersten Halbjahres ein Mitgliederbestand von 20 230 zu verzeichnen war. Rechtschutzanträge lagen der Ortsverwaltung im verfloffenen Quartal 168 vor. Davon wurden 164 Anträge bewilligt und 4 abgelehnt. 153 Rechtschutzfälle wurden im zweiten Quartal wie folgt erledigt: 54 Fälle endeten mit vollem Erfolg, in 26 Fällen wurde ein Teilerfolg erzielt, 22 Fälle waren erfolglos, in 5 Fällen wurde der Einspruch an Gerichtsstelle zurückgezogen und in 42 Fällen haben Fakultä, Haupt- und Lokalkasse Schadenersatzansprüche und Kosten übernommen. Nach den vorgelegten Strafverfügungen und Strafbefehlen waren 3 Monate Gefängnis und 1610,20 Mk. Geldstrafe ausgeworfen worden. Bei den gerichtlich durchgeführten Verfahren wurden über die angeklagten Sünder 845,83 Mk. Geldstrafe verhängt. Schadenersatzansprüche wurden im ersten Halbjahr in Höhe von 58 065,56 Mk. gestellt. Die Ausgaben für Rechtschutz betragen im verfloffenen Halbjahr 21 492,99 Mk. Das Arbeitsamt Leipzig schreibt in seinem Geschäftsbericht, Rechnungsjahr 1930/31 über den Arbeitsnachweis des Handels- und Verkehrsgewerbes, daß in der Fachabteilung für ungelernete Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes die Zahl der Arbeitslosen seit 1928 von 1130 auf 5070 in die Höhe gegangen ist, zurzeit aber 10 870 Arbeiter oder 27 Proz. arbeitslos sind. Die Arbeitslosenziffer bei den Hausangestellten ist in den letzten drei Jahren von 104 auf 908 gestiegen. Hinzufügen möchten wir noch, daß auch in der Fachabteilung für Krankenpflegepersonal im ersten Halbjahr 1931 2205 Arbeitsuchende vorhanden waren. Demgegenüber sind 953 Stellen gemeldet worden, von denen 825 besetzt werden konnten. Die Renten-, Pensions- und Sterbeversicherungskasse „Rentka“ hatte am Quartalschluß einen Mitgliederbestand von 729. Es wurde eine Gesamteinnahme von 6668,10 Mk. erzielt. Der Hauptkassen wurden 5669,10 Mk. in bar und Belegen überwiesen. Die Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung „Fakulta“ zählte 2290 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug im zweiten Quartal 7581 Mk. Der Hauptkassen wurden 6445,85 Mk. in bar und Belegen überwiesen. — Ueber den Kassenschluß des Gesamtverbandes wurde berichtet, daß die Einnahme 401 234,07 Mk. betrug, die Ausgabe 202 640,31 Mk. Der Kassenbestand der Ortsverwaltung betrug am 1. Juli 1931 198 593,76 Mk., oder pro Kopf und Mitglied 9,82 Mk. Die Ausgaben für Unterstützungen an die Mitglieder betragen in dem verfloffenen Halbjahr 208 856,34 Mk. Das sind rund 61 Proz. der Unterstützungssumme des Vorjahres. Der Gesamtumsatz der Beitragsmarken betrug im zweiten Quartal 224 784 Stück, das sind pro Mitglied und Quartal 11,11 Beiträge. Die Höhe der geleisteten Vollbeiträge betrug im Wochendurchschnitt 92,3 Pf. An Neuaufnahmen wurden im verfloffenen Halbjahr 685 verzeichnet. Im ersten Halbjahr 1931 gelangten an 2733 Kollegen an Notfall- und Sonderunterstützung 13 094,14 Mk. aus der Lokalkasse zur Auszahlung. — Anschließend hielt Stadtverordneter, Genosse Karl S o n n e, einen Vortrag mit Lichtbildern über Reiseindrücke im Ruhrgebiet, in Holland, Belgien, Paris und im Kriegsgebiet.

RUNDSCHAU

Eugen Brückner, ein um die Berliner Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sehr verdienter Genosse, ist in der Nacht vom 4. zum 5. August 1931 einem Herzleiden erlegen. Von Beruf Buchbinder, wirkte er schon in jungen Jahren für seinen Verband. Von 1894 bis 1897 und von 1901 bis 1905 war er bereits Vorsitzender der Berliner Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes. Von 1900 bis 1904 war er Krankenkassenangestellter. Dann wurde er Arbeitersekretär bei der Berliner Gewerkschaftskommission (heute Ortsausschuß des ADGB). In dieser Stellung blieb er bis 1921. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit wirkte er auch agitatorisch für die SPD. In zahlreichen öffentlichen Versammlungen trat er (namentlich in der Vorkriegszeit) als Redner auf. 1910 fandte ihn die Sozialdemokratie in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, deren geschätzter Mitarbeiter er bis 1921 war. Am 1. Oktober 1920 erfolgte die Zusammenfassung von nahezu 100 Stadt- und Landgemeinden zu der heutigen Stadtgemeinde Berlin mit ihren 20 Verwaltungsbereichen. Brückner wurde nun in

dem neugebildeten Bezirk Friedrichshain besoldeter Stadtrat. Schon vor dem Kriege kandidierte er für die Sozialdemokratie zum Reichstag. Nach der Staatsumwälzung aber wurde er in die Preussische Landesversammlung und bei allen folgenden Wahlen in den Landtag gewählt. Hier war er jahrelang Vorsitzender des Rechtsausschusses, wo er sich durch seine Sachlichkeit und geschickte Verhandlungsführung die größte Hochachtung bei Freund und Gegner erwarb. So ist der modernen Arbeiterbewegung in Eugen Brückner wieder ein treuer Freund und geachteter Politiker verlorengegangen, dessen Andenken in Ehren gehalten werden wird.

Die Schande des Kapitalismus. In den Kreisen der unentwegten Verfechter des kapitalistischen Wirtschaftsgebildens bewegen allmählich Zweifel an dem Kapitalismus aufzutreten. Auch hier bricht sich unter der Wucht der Weltwirtschaftskrise die Erkenntnis Bahn, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat und das verzweifelte Bemühen zur Ueberwindung der Krise nichts als Kuppelerei an einem totkranken Wirtschaftskörper ist. Neben vielen Äußerungen herrorragender Wirtschaftskenner, die in letzter Zeit gefallen sind, ist besonders die Ansicht Owen Youngs bemerkenswert, die dieser in einer Artikelserie in Amerika verbreiten läßt. Owen Young erkennt nicht nur an, daß der Staat das Recht hat, sich als Unternehmer zu betätigen, sondern er wirft den kapitalistischen Wirtschaftsführern auch ihre Unfähigkeit vor. So heißt es:

„Schließlich ist der Kapitalismus nur ein Fahrzeug, das die Zivilisation auf ihrem Weg bis zum heutigen Punkt befördert hat. Er ist kein Endzweck. Er hat der Menschheit gut gedient, und wir sind genötigt, an ihm festzuhalten, bis etwas Besseres demonstriert wird. Ich kann das kapitalistische System ebensogut anfragen wie der Bolschewiki. Ich kenne seine Fehler genau so gut wie er. Ich weiß, daß die Tatsache, daß in einem Winkel der Welt das Korn verkauft, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ein Schandfleck auf der Maschinerie des Kapitalismus ist. Ich weiß, daß die Arbeitslosigkeit, wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die Produkte brauchen, eine Schande für das kapitalistische System ist.“

In Amerika sind diese Äußerungen in den kapitalistischen Kreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Man spricht bereits davon, daß Owen Young unter dem Druck der Ereignisse zu einem radikalen Sozialisten geworden sei. Derwunderlich wäre diese Wandlung nicht. Gerade in Amerika feiert der Kapitalismus heute seine Gräueln, was aus der Tatsache hervorgeht, daß bei gleichzeitiger Massennot gewaltige Mengen kostbarster Nahrungsmittel vernichtet werden. So wurde kürzlich aus Rio de Janeiro gemeldet, daß im Staate Santos rund 530 000 Sack Kaffee verbrannt worden sind. Die Kaffeesäcke wurden mit Petroleum übergossen und brannten fünf Stunden. Bei einer derartigen Vernichtung brauchbarer Lebensmittel, die bei den breiten Massen des Volkes fehlen, muß schließlich der Glaube an die Heilmethode des Kapitalismus ins Wanken geraten. Es ist daraus auch zu verstehen, daß Owen Young die Existenzberechtigung der öffentlichen Hand anerkennt und ihr sogar das Wort redet. II.

Die Volksfürsorge legt einen guten Abschluß vor. Das große aus der Gemeinschaftsarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffene Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge, legt ihren Abschluß für das Jahr 1930 vor, das als ein Krisenjahr anzusehen ist. Trotzdem konnten in der Volksversicherung 417 389 Versicherungen neu abgeschlossen werden gegen 574 930 im Vorjahr. In der Lebensversicherung wurden 6500 (6829) Versicherungen neu getätigt. Allerdings war das Storno bei beiden Versicherungsarten wesentlich höher als im Vorjahr. Die Prämieeneinnahmen betragen insgesamt 50,43 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Volksversicherung 47,2 Millionen Mark. Die Einnahme aus Zinsen und Mieten betrug insgesamt 8,9 Millionen Mark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich in der Volksversicherung auf 3,16 Millionen Mark und in der Lebensversicherung auf 357 394 Mk. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1930 in der Volksversicherung 2 150 723 Versicherungen mit 815 429 315 Mark Versicherungssumme, in der Lebensversicherung 35 964 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 65 364 141 Mk. Der U e b e r s c h u s s a u s d e m G e s a m t g e s c h ä f t b e t r ä g t 13 089 993 Mark. Dieser Ueberschuß wird verwandt mit 10 283 076 Mk. als Gewinnanteil der Versicherten der Volksversicherung. Außerdem erhalten die Versicherten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherung auf die neue Währung umstellten, aus Gründen der Billigkeit weitere 10 Proz. ihrer Jahresprämie oder 268 638 Mark zugewiesen, so daß auf die Volksversicherungsabteilung zusammen 10,9 Millionen Mark Gewinnanteile entfallen. Den Versicherten der Lebensversicherung werden insgesamt 949 992 Mk. gutgebracht. Der gesetzliche Reservefonds erhält 94 873 Mk. Den Kriegsreservefonds und den Fonds besonderer Reserven werden 1 308 999 Mk. zugewiesen. Der außerordentlich geringe Betrag von 50 000 Mk. dient der Verzinsung des Aktienkapitals. Man ersieht hieraus, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen den Ueberschuß in erster Linie den Versicherten zugute kommen läßt.